

# KOMPETENZ

DAS MAGAZIN FÜR DEN ORGANISIERTEN ERFOLG

Ausgabe 7/2010

[www.gpa-djp.at](http://www.gpa-djp.at)

**Budget:  
Korrekturbedarf**

Seite 12

**Sozialforscher  
Richard Wilkinson**

Seite 16

**Befragung und KV-Verhandlungen** ab Seite 4

# Handel: Wir wollen's wissen!

# Inhalt

## Thema

- 4 Handel: Wir wollen's wissen
- 8 Missstände bei Schlecker
- 9 Lehrlingsumfrage Handel
- 10 Kommentar: 1.300 Euro brutto

## Aktuell

- 11 Kurzmeldungen
- 12 Budget: Korrekturbedarf
- 14 GPA-djp-Bundesforum
- 16 Sozialforscher Richard Wilkinson
- 18 Kinder im Asylverfahren

## Arbeitswelt

- 21 Kurzmeldungen
- 22 Wessen ORF ist der ORF?
- 24 Konflikt in der Saline Ebensee

## Service

- 25 Kurzmeldungen
- 26 CARD-Angebote
- 28 Gewinnspiele und Ermäßigungen
- 29 Bücher
- 30 Wohnen in Wien: Stadterneuerung (Advertorial)

4



Foto: Nuriith Wagner-Strauss

Handel: Wir wollen's wissen

12



Foto: dinostock - iStock.com

Budget: Korrekturbedarf

16



Foto: Nuriith Wagner-Strauss

Sozialforscher R. Wilkinson

### IMPRESSUM

Leserbriefe an [kompetenz@gpa-djp.at](mailto:kompetenz@gpa-djp.at)

Herausgeber: ÖGB, GPA-djp, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1, Tel. 05 03 01-301, [service@gpa-djp.at](mailto:service@gpa-djp.at)

Verlag und Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel. 01/662 32 96

Chefredakteurin: Dr. Dwora Stein

Stv. Chefredakteur: Mag. Martin Panholzer, [martin.panholzer@gpa-djp.at](mailto:martin.panholzer@gpa-djp.at), Chefin vom Dienst: Dr. Barbara Lavaud, [barbara.lavaud@gpa-djp.at](mailto:barbara.lavaud@gpa-djp.at)

Redaktion und Anzeigen: Renate Zaunscherb, [renate.zaunscherb@gpa-djp.at](mailto:renate.zaunscherb@gpa-djp.at)

Artidirection: Kerstin Knüpfer Dipl. Designerin (FH)

Layout: Peter-Paul Waltenberger (ÖGB-Verlag)

Druck: Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudörfel, Bickfordstr. 21

Verlagsort: Wien Herstellungsort: Neudörfel

Coverfoto: Nuriith Wagner-Strauss

DVR-Nr. 0046655 ZVR-Nr. 576439352

Die Redaktion behält sich alle Rechte der Vervielfältigung und des Vertriebs der zum Abdruck gelangten Beiträge sowie ihre Verwendung für andere Ausgaben vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der AutorInnen dar und müssen sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken. Die Redaktion haftet nicht für unverlangt eingeschickte Artikel und Fotos.



Foto: Nurith Wagner-Strauss

## Auf der **guten Seite**

In diesem Herbst werden entscheidende Weichen dafür gestellt, wie sich die ökonomischen Bedingungen von ArbeitnehmerInnen in Zukunft entwickeln. Die großen Lohn- und Gehaltsrunden entscheiden für Hunderttausende Beschäftigte, wie hoch ihr Anteil an der gestiegenen Wirtschaftsleistung ist. Noch vor dem Jahreswechsel wird das Parlament das von den Regierungsparteien vorgelegte Budget, von dem praktisch jede/r von uns in irgendeiner Form betroffen ist, beschließen.

Wir können doch mit berechtigtem Stolz sagen, dass die GPA-djp diese Weichenstellungen maßgeblich mit beeinflusst hat. Bei den Kollektivvertragsrunden geht es darum, dass insbesondere für niedrige Einkommen eine ordentliche Kaufkraftstärkung nötig ist. Die GPA-djp-Forderung nach 1.300 Euro Mindestlohn ist inzwischen zu einer allgemein anerkannten sozialpolitischen Zielstellung geworden, nachdem Zehntausende Handelsangestellte diese Forderung, die insbesondere für die Besserstellung von weiblichen Angestellten so wichtig ist, in einer Befragung aktiv unterstützt haben.

Dass der Budgetentwurf der Regierung einnahmenseitige Maßnahmen beinhaltet, die in unseren Augen gerecht und ökonomisch sinnvoll sind, haben wir nicht unwesentlich mit beeinflusst. Die inakzeptablen Schieflagen im Budget jedoch haben wir mit Nachdruck öffentlich kritisiert, und wir kämpfen nun für entsprechende Korrekturen.

Die GPA-djp präsentierte sich am Bundesforum Anfang November als selbstbewusste und starke Gewerkschaft. Wir stehen auf der „guten Seite“ formulierte Wolfgang Katzian bei der Eröffnung des Bundesforums und wir haben in absehbarer Zeit genug Möglichkeiten, das immer wieder unter Beweis zu stellen.

Dwora Stein  
Chefredakteurin

# Handel: Wir wollen's wissen!

*Gehaltserhöhung. Die GPA-djp hat mittels einer österreichweiten Befragung der Angestellten im Handel die diesjährigen KV-Verhandlungen zu einer Bewegung gemacht.*

**A**m 19. Oktober haben die Verhandlungen für einen neuen Kollektivvertrag für die rund 450.000 Beschäftigten im Handel begonnen. Die GewerkschafterInnen fordern – gestützt durch eine umfassende Befragung der Handelsangestellten – weitreichende Verbesserungen für die Beschäftigten. Die Voraussetzungen für eine kräftige Gehaltserhöhung sollten gegeben sein: der Handel verzeichnete in den letzten Jahren trotz Wirtschaftskrise gute Umsätze. Das Lohnniveau in der Branche ist überreif für Verbesserungen.

„Das Ohr der Arbeitgeber für die gewerkschaftlichen Forderungen hat sich in den letzten Gesprächsrunden geöffnet – aber wir sind noch lange nicht da, wo wir hin-

wollen“, beschreibt Verhandler und Wirtschaftsbereichssekretär Manfred Wolf das Gesprächsklima in den Verhandlungen. Konkret setzt die GPA-djp in drei Bereichen an, um Verbesserungen für die Beschäftigten zu erzielen.

## **Mindestgehalt 1.300 Euro**

Zum Ersten will man ein kollektivvertraglich festgelegtes Mindestgehalt von 1.300 Euro brutto monatlich durchsetzen. „Die Leistung einer Handelsangestellten in Vollzeit ist diesen Betrag wert und darum setzen wir uns dafür ein, dass eine 40-Stunden-Beschäftigung im Handel auch existenzsichernd wird“, gibt GPA-djp-Vorsitzender Wolfgang Katzian vor.



*Die Leistung einer Handelsangestellten in Vollzeit ist 1.300 Euro wert und darum setzt sich die GPA-djp dafür ein, dass eine 40-Stunden-Beschäftigung im Handel auch Existenz sichernd wird.*

Obwohl der Handel in den letzten Jahren trotz Krise stabile Umsätze verzeichnete, wird den Beschäftigten der faire Anteil an den Ergebnissen verweigert. Vor allem Frauen, Teilzeitbeschäftigte und WiedereinsteigerInnen können von ihrem Gehalt vielfach nicht leben und sind auf zusätzliche Einkommen angewiesen. Auch die niedrigen Einstiegsgehälter sind den GewerkschafterInnen ein Dorn im Auge: Sie erschweren die Familiengründung in einer Phase, in der junge Angestellte gerade auch im Hinblick auf Kreditwürdigkeit finanzielle Stabilität bräuchten.

### Faire Abgeltung von Mehrarbeit

Die zweite Forderung der GewerkschafterInnen betrifft die faire und pünktliche Abgeltung der geleisteten Mehr- und Überstunden sowie von Vor- und Nacharbeitszeiten. Diese gehen durch lange Durchrechnungszeiträume von Arbeitszeiten oder verspätete Auszahlungen leider oft verloren. Eine Vereinfachung der Abrechnungen und die

Abschaffung der Verfallsfrist von sechs Monaten für die Ausbezahlung von Überstundenzuschlägen wird daher gefordert. Diesbezüglich zeigte sich die Arbeitgeberseite bereits verhandlungsbereit.

Auch jene Zeiten, in der die MitarbeiterInnen in der Früh Vorbereitungen treffen und nach Geschäfts-

**Viele arbeitsrechtliche Situationen verbessern sich messbar, wenn der gewerkschaftliche Organisationsgrad steigt.**

schluss etwa Abrechnungen erledigen, müssen abgegolten werden. „Die Arbeitszeit der Handelsangestellten deckt sich nicht mit den Öffnungszeiten des Betriebes. Darüber hinausgehender Arbeitseinsatz muss fair und rasch abgegolten werden“, fordert Franz Georg Brantner, Vorsitzender des Wirtschaftsbereiches Handel in der GPA-djp. Auch eine generelle Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Gehalt soll andiskutiert werden.

### Verbesserte Aus- und Weiterbildung

Als dritten Bereich will die GPA-djp die betriebliche Aus- und Weiterbildung verbessern. Sie erhebt Anspruch auf jährlich eine Woche berufliche Fortbildung auf Firmenkosten in der Arbeitszeit für alle im Handel Beschäftigten. In der Praxis sind gerade Teilzeitbeschäftigte oftmals von Qualifizierung und Aufstiegsmöglichkeiten ausgeschlossen. In der Folge verlieren sie oft den beruflichen Anschluss und müssen sich mit niedriger qualifizierten Tätigkeiten zufrieden geben.

### Breite Unterstützung

Für ihre Forderungen haben sich die ArbeitnehmervertreterInnen breite

Unterstützung in den Reihen der Beschäftigten geholt. In einer österreichweiten GPA-djp-Aktionswoche wurden vom 11. bis 15. Oktober rund 100.000 Angestellte in Einkaufszentren, Einkaufsstrassen und Bahnhöfen zu den zentralen Themen ihrer Arbeitsbedingungen befragt: Mindesteinkommen, Überstunden und Weiterbildung. Dadurch sollen die Angestellten noch stärker in die Kollektivvertragsverhandlungen eingebunden werden. „Denn viele arbeitsrechtliche Situationen verbessern sich messbar zum Positiven,

wenn die Menschen besser informiert und eingebunden sind und der gewerkschaftliche Organisationsgrad steigt“, betont Franz Georg Brantner.

Die Ergebnisse der Befragung (siehe Kasten), die fast einer Urabstimmung glich, wurden der Öffentlichkeit im Detail beim GPA-djp-Bundesforum Anfang November vorgestellt. Sie fließen in ein arbeitsrechtliches Forderungsprogramm ein, das in diesem Jahr bei den Kollektivvertragsverhandlungen der Arbeitgeberseite vorgelegt wird. Das ganz klare Ergebnis: Die Forderungen der Gewerkschaft decken sich mit den Anliegen der Beschäftigten im Handel.

„Die Resonanz auf die Aktionswoche war gewaltig“, freut sich Manfred Wolf. „Es gab eine große Beteiligung von Menschen, die ansonsten wenig Kontakt mit der Gewerkschaft haben. Daher ist es ganz wichtig, dass die Anliegen der befragten KollegInnen in den Kollektivvertragsverhandlungen auch umgesetzt werden“, betont Wolf.

Auch die Arbeits- und Ausbildungsbedingungen für Lehrlinge sollen verbessert werden. In einem eigenen Lehrlingspaket fordert die

*Die Resonanz auf die GPA-djp-Aktionswoche war gewaltig.*



Foto: Dest

## Stimmen der BetriebsrätInnen



**Franz Georg Brantner, ZBR Herba Chemosan, Vorsitzender WB Handel in der GPA-djp:**

„Wir haben die Beschäftigten am Arbeitsplatz besucht und ihnen Fragen gestellt – und aus der Gehaltsrunde diesmal eine Gehaltsbewegung gemacht! Mit unseren Zielen und Positionen sind wir bei den Menschen im Handel!“



**Hans Jappel, ZBR Metro Cash&Carry:**

„Viele Beschäftigte im Handel werden unter ihren Möglichkeiten und Qualifikationen eingesetzt. Berufliche Förderung und Weiterbildung dürfen für sie nicht länger nur ein Wunschtraum bleiben, Unternehmer müssen stärker in Personalentwicklung investieren!“



**Alfred Greis, ZBR Billa:**

„Alle Arbeitgeber müssen sich endlich an eine faire und pünktliche Abgeltung von Mehr- und Überstunden und auch der Vor- und Nacharbeitszeiten halten. Arbeitszeitaufzeichnungen und Zuschlagsregelungen sollen einfacher und transparenter werden!“



**Margit Pfatschbacher, ZBR Interspar:**

„Das Einkommen im Handel reicht vielfach nicht zur Existenzsicherung. Vor allem Frauen, Teilzeitbeschäftigte und Wiedereinsteigerinnen können von ihrem Gehalt oft nicht leben. Die Anhebung des Mindestgehalts auf 1.300 Euro ist daher ein Muss!“



**Egon Karabacek, ZBR Spar:**

„Der Handel ist der Konjunkturmotor in diesem Land – trotz Krise blieben die Umsätze stabil. Es ist nicht einzusehen, warum ausgerechnet die Angestellten im Handel nicht endlich ihren fairen Anteil am Gewinn kriegen sollen!“

Foto: Desti, privat

GPA-djp die volle Übernahme der Internatsberufschulkosten durch den Arbeitgeber (rückwirkend mit 2010) und dass die Lehrlinge an der Prämie für den positiv absolvierten „Ausbildungsnachweis zur Mitte der Lehrzeit“ (Praxistest) beteiligt werden.

## Einkommenspolitik für die Frauen

Eine deutliche Verbesserung für die Situation der Frauen erwartet sich Wirtschaftsbereichssekretärin Anita Stavik von einer kräftigen Gehaltserhöhung im Handel per 1. Jänner 2011: „Im Handel arbeiten bis zu 70 Prozent Frauen – daher hat jede Verbesserung der Einkommenssituation der Frauen auch automatisch positive frauenpolitische Effekte.“

Obwohl es im Krisenjahr 2009 Rückgänge in Teilbereichen gegeben hat, bleibt der Einzelhandel eine Konjunkturlokomotive und hat in keinem Zeitraum ein Minus geschrieben. „Jetzt geht es darum, die ArbeitnehmerInnen fair am erwirtschafteten Wohlstand teilhaben zu lassen“, bringt Manfred Wolf die Forderungen der GewerkschafterInnen nochmals auf den Punkt. ■

Andrea Rogy

## Handelsbefragung 2010

Die GPA-djp hat 100.000 Menschen im Handel befragt!  
38.000 Antworten sind unser Auftrag!

	Ja	Nein
Faire Abgeltung der Mehr- und Überstunden	98,67 %	1,33 %
1.300 Euro Mindestlohn im Handel	97,84 %	2,16 %
1 Woche bezahlte Bildungsfreistellung	94,67 %	5,33 %

## Video

Das Video zur Aktionswoche im Handel: Wir wollen's wissen!  
Die GPA-djp befragte 100.000 Angestellte im Handel.



Scannen Sie diesen QR-Code mit Ihrem Smartphone und sehen Sie das Video zu unserer Aktionswoche!



Foto: Nürith Wagner-Strauss

Anita Stavik, GPA-djp: „Was denkt sich die Geschäftsführung dabei, ihre MitarbeiterInnen wie potenzielle Diebe zu behandeln?“

## Haltet den Dieb?

**Missbrauch.** Schlecker will verstärkt die Taschen und Schränke ihrer Beschäftigten kontrollieren. Damit setzt sie ihre Beschäftigten einem argen Verdacht aus.

**D**er schwelende Konflikt mit Schlecker geht in die nächste Runde: Eine neue Betriebsvereinbarung, die die Geschäftsführung der Anton Schlecker AG mit dem Betriebsrat betreffend der Kontrolle von Angestellten abgeschlossen hat, stößt auf heftige Kritik: Darin wird die Unternehmensführung zu umfangreichen Kontrollen der Privatbereiche der eigenen Angestellten berechtigt. Die Kontrollen betreffen nicht nur private Taschen oder Einkaufskörbe – es sollen auch Kleiderspinde und Kleiderkästen, Unterlagen und dergleichen kontrolliert werden können. Eine weitere Passage in dieser Betriebsvereinbarung erlaubt die Taschenkontrollen bei den MitarbeiterInnen auch außerhalb der Geschäftslokale. Die Vereinbarung gilt jedoch nur für Angestellte.

### Entwürdigend

„Mit dieser Vereinbarung hat das Unternehmen die Grundprinzipien eines menschenwürdigen Umganges mit den Angestellten verlassen“, urteilt Anita Stavik, Wirtschaftsbe-

reichssekretärin in der GPA-djp. „Das ist absolut entwürdigend!“

Eine Betriebsvereinbarung sollte eigentlich ein Schutzinstrument für Beschäftigte und nicht gegen Beschäftigte sein. „Ich weiß nicht, was sich die Geschäftsführung und natürlich auch der Betriebsrat – der nicht der GPA-djp angehört – dabei denken, ihre MitarbeiterInnen wie potenzielle Diebe zu behandeln“, fragt sich Stavik, „das ist ein Missbrauch des Instruments der Betriebsvereinbarungen. Es ist traurig, dass man das überhaupt erklären muss!“

### Rechtsmittel

Die GPA-djp wird alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel ausschöpfen, um die Verbesserung der Vereinbarung zu erwirken. Als ersten Schritt hat die GPA-djp Beschwerde bei der österreichischen Datenschutzkommission eingebracht. Für die Beschäftigten hat die GPA-djp schon seit geraumer Zeit die Informations- und Diskussionsplattform [www.gpa-djp.at/schlecker](http://www.gpa-djp.at/schlecker) ins Leben gerufen.

### Zahlreiche Missstände

Auch die Befragung der Beschäftigten während der Aktionswoche im Oktober hat einmal mehr bestätigt, dass Missstände bei der Firma Schlecker zur Tagesordnung gehören – so diente auch die Betriebsvereinbarung zum Zeitausgleich bei Mehrarbeit nur dazu, die Bezahlung des Teilzeitschlages zu umgehen. Stavik: „Das ist natürlich klar rechtswidrig.“

Die GPA-djp bemüht sich nun schon seit Monaten, durch einen vernünftigen Dialog mit der Geschäftsführung von Schlecker, aktuelle Probleme zu lösen. Nach zahlreichen Gesprächsverzögerungen scheint das Unternehmen nun doch einlenken zu wollen. Die Geschäftsführung zeigt sich gesprächsbereit, die Betriebsvereinbarungen im Sinne der Beschäftigten zu verändern. „Ein erster Erfolg! Wir bleiben dran“, zeigt Stavik sich optimistisch. ■

Barbara Lavaud

# Unzufrieden

**Lehrlingsumfrage.** Viel Arbeit für wenig Geld – das ist die Situation der Lehrlinge im Handel. Besonders bei den Überstunden und den Krankenständen hakt es.

**B**ei der alljährlichen Befragung der Handelslehrlinge durch die GPA-djp-Jugend kamen etliche Missstände ans Licht: Obwohl das Gesetz spezielle Schutzbestimmungen vorsieht, müssen junge Menschen in der Ausbildung mehr arbeiten, als sie dürfen, und werden dafür nicht immer bezahlt.

## Unfreiwillige Überstunden

70 Prozent der Lehrlinge im Handel leisten Überstunden, mehr als die Hälfte davon nicht freiwillig, und bei jedem fünften wurden diese Überstunden weder ausbezahlt noch in Freizeit abgegolten. Auch bei der Wochenendruhe werden die Gesetze nicht eingehalten: Fast 20 Prozent müssen an mehr als nur zwei Samstagen im Monat nach 13 Uhr arbeiten, sieben Prozent arbeiten sogar an jedem Samstag – zumeist nicht freiwillig, fast drei Viertel hätten lieber frei. „Diese Daten zeigen, dass sich sehr viele Unternehmen nicht an rechtliche oder kollektivvertragliche Bestimmungen halten und dass es sich dabei nicht nur um ein paar schwarze Schafe handelt. Das sind mehr als nur ein paar Ausnahmefälle“, interpretiert GPA-djp-Bundesjugendvorsitzender René Pfister die Ergebnisse der Umfrage.

## Krank arbeiten

Aber nicht nur bestehende Arbeitszeitregelungen werden in der Pra-

xis nicht so genau genommen: Jeder vierte Lehrling gab an, dass er/sie von der/dem Vorgesetzten deutlich zu spüren bekomme, dass er/sie auch im Krankheitsfall arbeiten solle. Über fünf Prozent sagten sogar, dass sie massiv unter Druck gesetzt würden, um nicht in den Krankenstand zu gehen.

„Diese Zustände sind unglaublich. Da versucht man, junge Menschen zu einem gesunden Lebensstil und regelmäßigen Vorsorgeuntersuchungen zu bewegen – und dann können viele Lehrlinge nicht einmal zu Hause im Bett bleiben, wenn sie krank sind!“ ist Pfister empört. Fast ein Viertel gab an, krank zum Dienst zu gehen, weil sie Angst hätten, sonst die Lehrstelle zu verlieren.

## Daten für KV-Verhandlungen

Trotz vieler Schwierigkeiten geben doch auch über die Hälfte der Befragten an, in ihrem Wunschberuf zu lernen. Bleibt die Entlohnung: Mehr als die Hälfte der Lehrlinge findet die Lehrlingsentschädigung alles andere als zufriedenstellend.

„Wir werden in jedem Fall die Daten der Umfrage auch den UnternehmensvertreterInnen vorlegen. Es ist ja nicht nur in unserem Interesse, dass die Arbeitsbedingungen im Lehrberuf Handel verbessert werden“, sagt Pfister, „Wenn sich das



Foto: Nuriith Wagner-Strauss

nicht schnellstens ändert, werden immer weniger junge Leute in dieser Branche arbeiten wollen!“ ■

Barbara Lavaud

## INFO

Einmal pro Jahr befragt die GPA-djp-Jugend die Lehrlinge im Handel zu ihren Arbeitsbedingungen und zu ihrer Zufriedenheit am Arbeitsplatz. Mehr zur Handelsumfrage auf [www.handelslehrling.at](http://www.handelslehrling.at)



Foto: Nürth/Wagner-Strauss

GPA-djp-Vorsitzender Wolfgang Katzian

## 1.300 Euro brutto

*Mindestgehalt. Arbeit soll existenzsichernd sein. Wer Vollzeit arbeitet, soll auch klar über der Armutsgefährdungsschwelle leben.*

Die GPA-djp fordert 1.300 Euro brutto als Mindestlohn für alle Branchen und jeden Vollzeitjob. Das sind 1.053,76 Euro netto. Bei einer Armutsgefährdungsschwelle von 951 Euro im Monat ist das eine mehr als legitime Forderung. Denn auch 1.053,76 Euro sind noch lange kein Luxuseinkommen, sondern eben einmal genug zum (Über-)Leben. Ich persönlich kann mir auch keine Tätigkeit vorstellen, die bei Vollzeitarbeit weniger als 1.300 Euro wert sein könnte.

1.300 Euro Brutto-Mindesteinkommen sind daher ein wichtiger erster Schritt für mehr Einkommensgerechtigkeit, der keinen Augenblick zu früh kommt. Denn während in Österreich trotz Krise die Gehälter der Manager steigen, sind immer mehr Menschen armutsgefährdet, obwohl sie arbeiten. Darunter überproportional viele Frauen.

Dass Arbeit existenzsichernd sein soll, klingt selbstverständlich, ist es aber leider nicht: Sechs Prozent der Erwerbstätigen – das sind 175.000

Menschen – sind trotz ganzjähriger Erwerbstätigkeit nicht vor Armut geschützt. Davon sind 135.000 sogar Vollzeit erwerbstätig. Jede siebte Frau muss in Österreich mit einem Einkommen unter der Armuts-

**Ich persönlich kann mir keine Tätigkeit vorstellen, die bei Vollzeitarbeit weniger als 1.300 Euro wert wäre.**

grenze auskommen. Die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen ist in den letzten Jahren nicht kleiner geworden, sondern geht immer weiter auseinander.

Die beste Versicherung gegen Armut und soziale Ausgrenzung sind immer noch ausreichende wie auch qualitätsvolle Arbeitsplätze. Dazu gehört auch ein Einkommen, mit dem man auskommen kann. Alles andere ist für eines der reichsten Länder der Welt eine Schande und für die GPA-djp nicht akzeptabel. Unglaublich zynisch ist es, wenn Arbeitgebervertreter immer wieder einfordern, „das zarte Pflänzchen

des Aufschwungs“ nicht durch einen zu hohen KV-Abschluss zu gefährden. Wie 1.300 Euro Mindestgehalt in einer Branche wie dem Handel, der von der Krise zudem kaum betroffen war, den wirtschaftlichen Erfolg gefährden könnten, ist aus unserer Sicht jedenfalls nicht nachvollziehbar. Im Gegenteil, die 450.000 Beschäftigten im Handel sind in ihrer Rolle als KonsumentInnen selbst ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, auf den der Handel nicht verzichten kann.

Die KV-Verhandlungen im Handel sind auch nach vier Verhandlungsrunden noch nicht abgeschlossen, weil wir uns nicht mit einem Minimalkompromiss abspesen lassen. Wenn die Arbeitgeber nicht einlenken, werden wir zeigen, dass eine Mobilisierung der Beschäftigten für faire Bezahlung auch im Handel möglich ist. Die breite Unterstützung für unsere Aktionswoche stimmt mich äußerst optimistisch, denn sie zeigt, was möglich ist. Den Arbeitgebern sollte sie eine Warnung sein. ■



Foto: Erich Müllegger

## Metallindustrie gibt Weg vor

**KV-Abschluss.** Bis zu drei Prozent Gehaltserhöhung für die niedrigen Einkommen.

Nach vier Verhandlungsrunden und einem Sitzungsmarathon von 17 Stunden war es so weit: Die 165.000 Beschäftigten der österreichischen Metallindustrie erhalten eine Lohn- und Gehaltserhöhung, die den wieder positiveren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gerecht wird. Das Thema Arbeitszeit wurde vorerst noch ausgespart.

Rückwirkend mit 1. November steigen die kollektivvertraglichen Mindestlöhne und Gehälter um 2,5 Prozent, die Ist-Löhne und Gehälter um 2,3 Prozent. Durch den Fixbetrag von 45 Euro bekommen die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen Erhöhungen von bis zu drei Prozent. Zudem gibt es bei positi-

vem Betriebserfolg eine Einmalzahlung zwischen 50 und 150 Euro.

### Arbeitszeit bleibt Thema

„Das Ergebnis ist ein klares Signal, dass es keinen Grund für Zurückhaltung bei den Einkommen gibt und dieser Abschluss wird auch positive Signalwirkung auf andere Branchen haben“, fasst der Chefverhandler der GPA-djp Karl Proyer zusammen. „Uns ist es durch die intensive Diskussion im Umfeld dieser Kollektivvertragsrunde gelungen, das Thema Arbeitszeitgestaltung wieder in den Fokus der politischen Auseinandersetzung zu stellen und dabei gibt es kein Zurück mehr.“

## Unfair: Weitergabe der Bankenabgabe

Die Bankenabgabe ist als fairer Beitrag zur Budgetkonsolidierung von jenen gedacht, die vom Bankenrettungspaket profitiert haben – von den Bankinstituten und deren Eigentümern. Die Ankündigung, diese jetzt auf die KundInnen und MitarbeiterInnen überwälzen zu wollen, wird vom ÖGB und den Gewerkschaften als Brückierung der SteuerzahlerInnen und KundInnen empfunden.

Dabei erwarten die österreichischen Kreditinstitute für 2010 einen Jahresüberschuss von drei Milliarden Euro. Selbst für die Krisenjahre 2008 und 2009 wurden allein von den Top-10-Banken 0,6 bzw. 0,5 Milliarden Euro an Dividenden ausgeschüttet. Es wäre daher fair, dass die Banken jetzt auch ihren Teil zur Budgetkonsolidierung beitragen.

## Kahlschlag bei Forschungseinrichtungen



© Alexander Rathis - Fotolia.com

Die GPA-djp unterstützt die Plattform der Forschungseinrichtungen gegen Kürzungen der Budgetmittel. „Das Zudrehen dieses Geldhahnes würde alle erfolgreichen Bemühungen, die österreichische Forschung in den EU-Wissenschaftsraum zu integrieren, ad absurdum führen!“ kritisiert Bundesgeschäftsführerin Dwora Stein den geplanten Kahlschlag.

Die von der Regierung geplante Streichung der Förderungen für außeruniversitäre Forschung würde zur Schließung von zahlreichen Forschungseinrichtungen und damit zum Verlust von Arbeitsplätzen und österreichischem Know-how führen. Die betroffenen Forschungseinrichtungen haben sich zur „Plattform Wissen:Schafft:Österreich“ zusammengeschlossen um die dramatischen Konsequenzen der Kürzungen aufzuzeigen und entsprechenden öffentlichen Druck zu sichern. Zu ihnen zählen namhafte Einrichtungen wie das Institut für Höhere Studien (IHS) und die Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (Forba).

Die Petition unterschreiben  
<http://wissenschaft.research.at>



Foto: Matthias Stolt - Fotolia.com

Die Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise hat viele Staaten vor enorme Finanzprobleme gestellt. Auch die österreichische Regierung muss das Budget sanieren. Die GPA-djp hat seit Ausbruch der Krise immer wieder deutlich gemacht, dass die Aufteilung der Krisenkosten sozial gerecht erfolgen muss.

„Die ArbeitnehmerInnen, die PensionistInnen oder die sozial Schwachen haben die Krise nicht verursacht, daher dürfen sie auch nicht die Kosten für ihre Bewältigung aufgebürdet bekommen. Zahlen sollen primär die Superreichen, die Krisengewinnler und Spekulanten, die auch im Krisenjahr prächtig verdient haben“, bringt es der Vorsitzende der GPA-djp auf den Punkt.

Der Kompromiss zur Budgetkonsolidierung, den die Regierung Ende Oktober auf den Tisch gelegt hat, ist daher an diesem Grundsatz zu messen. „Der Budgetentwurf enthält sowohl sinnvolle Maßnahmen, die unseren Zielen entgegenkommen, aber auch höchst problematische, die dringend einer Korrektur bedürfen“, so Katzian.

### Initiativantrag

Auf dem GPA-djp-Bundesforum wurde ein Initiativantrag zum Budgetentwurf beschlossen. Zu den positiven Maßnahmen zählen, so der Initiativantrag, die Einführung einer Bankensteuer, die Abschaffung der Spekulationsfrist für Aktien und die Beseitigung von Stiftungsprivilegien. „Bei der Besteuerung von Vermögen hätten wir uns mehr erwartet. Sowohl bei der Vermögenszuwachssteuer als auch bei den Stiftungen wäre wesentlich mehr an Einnahmen zu holen gewesen und bei der Vermögenssubstanzbesteuerung warten wir weiterhin auf einen ersten

## Korrekturbedarf

*Budget.* Der Kompromiss zur Budgetkonsolidierung, der seit Ende Oktober die Wogen hochgehen lässt, bedarf noch wesentlicher Nachbesserungen.

Schritt“, fasst der GPA-djp-Vorsitzende zusammen.

Positiv zu vermerken ist jedenfalls auch der Einstieg in eine Ökologisierung des Steuersystems, auch wenn die Schwerpunkte hier nicht ganz optimal gesetzt wurden. Die GPA-djp unterstützt sowohl die Erhöhung der Normverbrauchsabgabe für Spritfresser als auch die Einführung einer Flugticketsteuer.

Der Wermutstropfen dabei ist die deutliche Erhöhung der Mineralölsteuer. Damit holt sich die Regierung den größten Brocken an Einnahmen. Die Entlastung für die PendlerInnen ist im Vergleich dazu viel zu niedrig, vor allem, wenn man bedenkt, dass durch das System der Freibeträge jene, die keine Steuern zahlen, kaum entlastet werden.

### Benachteiligung von Frauen

Positiv ist auch, dass eine Reihe von im Raum stehenden Einsparungsmaßnahmen, etwa die Abschaffung der Altersteilzeit, verhindert werden konnten. Bei der Langzeitversicherterregelung ist einerseits zu begrüßen, dass der Vertrauensschutz gewahrt bleibt und es bis 2013 keine Änderungen beim Eintrittsalter geben wird. Teilweise inakzeptable Veränderungen, insbesondere für Frauen, ergeben sich jedoch hinsichtlich der Neuregelungen ab 2014: Unhaltbar ist vor allem die beabsichtigte Veränderung der Zugangskriterien zur Langzeitversicherterregelung für Frauen. Ab Geburtsjahrgang 1960 soll das Eintrittsalter in Jahresschritten angehoben werden und schließlich für jene Frauen, deren Geburtsdatum nach Juni 1965 liegt, 62 Jahre betragen. Frauen hätten demnach im Hinblick auf das Eintrittsalter nicht den mit jenem der Männer vergleichbaren Vorteil aus der Langzeitversicherterregelung und wären damit eindeutig diskriminiert.

### Belastungen für Familien

Als überproportional und unfair kritisiert die GPA-djp die Belastungen, die vor allem Jugendliche, Studierende und deren Familien voll treffen. Die Kürzungen bei der Familienbeihilfe für Studierende bedeuten für die Betroffenen einen jährlichen Verlust von 2.685 Euro, das ist nicht sozial verträglich. Die soziale Selektion nach Zahlungsfähigkeit der Eltern wird sich weiter verfestigen. Die außerordentlich hohe Belastung, die den Familien im vorgelegten Gesamtpaket aufgebürdet wird, trifft in erster Linie wieder jene am stärksten, die bereits die Folgen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise am härtesten zu spüren bekommen haben.

### Krankenkassen brauchen Geld

Auch die Kürzung der Mittel für die Krankenkassen ist abzulehnen. Anders als eigentlich vereinbart, sollen in den Kassenstrukturfonds nur 40 statt 100 Millionen Euro fließen.

Damit droht die Konsolidierung der Gebietskrankenkassen zu scheitern, obwohl die Kassen bereits die ihnen auferlegten Sparziele erfüllt haben. Die unmittelbare Folge dieser Unterdotierung wird die Zahlungsunfähigkeit einzelner Kassen sowie Leistungskürzungen für die Versicherten sein.

### Sozialmilliarde

Nicht umgesetzt wird die Forderung der GPA-djp nach wichtigen Investitionen in den Gesundheits- und Sozialbereich, die Sozialmilliarde. Zwar erhalten nicht nur der Bund, sondern auch die Län-

der und Gemeinden einen Anteil an den neuen Steuern, jedoch ist nicht gewährleistet, dass diese zusätzlichen Einnahmen auch dem Sozialbereich zugutekommen werden. Das Finanzausgleichsgesetz wird zugunsten der Länder geändert, die Einnahmen aus Bankensteuer und

**Die Belastungen, die vor allem Jugendliche, Studierende und deren Familien voll treffen, sind überproportional und unfair.**

Flugabgabe im Budgetbegleitgesetz als gemeinschaftliche Bundes-einnahmen eingestuft und daher im Verhältnis 67 Prozent Bund, 21,4 Prozent Länder und 11,6 Prozent Gemeinden aufgeteilt. Ebenfalls aufgeteilt wird die Vermögenszuwachssteuer (KESt neu), da sie nicht als Vermögens-, sondern als Einkommenssteuer gilt. Den Ländern stehen also im Jahr 2011 wesentlich mehr Mittel für die Erledigung ihrer Aufgaben zur Verfügung.

Die GPA-djp ist sich der Notwendigkeit, das Defizit abzubauen, bewusst und bekennt sich dazu. Etliche der bisher bekannten Vorhaben sind jedoch äußerst kritisch zu sehen. Die GPA-djp erwartet, dass es hier noch zu Änderungen kommt. ■

Martin Panholzer





## Umdenken – Gegenlenken

**Starker Auftritt.** Beim GPA-djp Bundesforum und Bundesfrauenforum vom 3. bis 5. November im Austria Center Vienna wurden die Weichen für die Zukunft unserer Gewerkschaft gestellt. Unter dem Motto „Umdenken – Gegenlenken“ stimmten Betriebsräte und Betriebsrätinnen der GPA-djp über die eingebrachten Anträge ab und wählten Wolfgang Katzian erneut zum Vorsitzenden.



Bundesministerin zu Gast beim Bundesfrauenforum, das unter dem Motto „Frauen. Leben. Arbeit.“ stand. v. l. n. r.: BM Gabriele Heinisch-Hosek, Bundesfrauenvorsitzende Ilse Fetik



Zu Gast bei der Eröffnung des Bundesforums (v. l. n. r.): ÖGB-Präsident Erich Foglar, Bundeskanzler Werner Faymann und AK-Präsident Herbert Tumpel, mit GPA-djp-Vorsitzendem Wolfgang Katzian



Fotos: Dest, Alexandra Kromus

Mit einer spektakulären Aktion machten BetriebsrätInnen aus dem Handel bei der Eröffnung auf die Forderungen ihrer Branche und die laufenden KV-Verhandlungen aufmerksam.



Das neu gewählte Bundesfrauenpräsidium der GPA-djp (v. l. n. r.): Elisabeth Kubicek, Ingrid Streibel-Zarfl, Ilse Fetik (Bundesfrauenvorsitzende der GPA-djp), Elfriede Pinter, Karin Zeisel, Monika Fliesser



Beim Bundesforum wurden der Vorsitzende der GPA-djp und seine StellvertreterInnen (Präsidium) gewählt.



Mitglieder des neu gewählten GPA-djp-Präsidiums zusammen mit der GPA-djp-Bundesgeschäftsführung (v. l. n. r.): Günther Trausnitz, Ingrid Streibel-Zarfl, Fritz Hagl, Margit Pfatschbacher, Michael Ritzinger, Dwora Stein, Wolfgang Katzian (Vorsitzender der GPA-djp), Ilse Fetik, Karl Proyer, Wolfgang Pischinger; nicht auf dem Bild sind Walter Hofstadler und Karin Zeisel



Richard Wilkinson begeisterte das Publikum mit seinen Thesen zu egalitären Gesellschaften (siehe auch Artikel S. 16–17).

ÖH-Chefin Sigrid Maurer richtete einen Appell an alle Delegierten und warb für Unterstützung für die von der katastrophalen Situation an Österreichs Universitäten betroffenen Studierenden.





Richard Wilkinson

Foto: Nurih Wagner-Strauss

# Ungleichheit schadet allen

***Gesellschaft.** Mehr Wirtschaftswachstum bedeutet nicht automatisch weniger soziale Probleme, sagt der britische Mediziner und Sozialforscher Richard Wilkinson. Er war Anfang November Gastredner beim GPA-djp-Bundesforum.*

**W**as verbindet Japan, Norwegen, Finnland und Schweden? In diesen Ländern gibt es geringe Einkommensunterschiede. Die 20 wohlhabendsten Prozent der Bevölkerung sind nur um 3,4- bis 4-mal reicher als das unterste Fünftel. In Staaten wie den USA, Portugal oder Großbritannien sieht die Situation gänzlich anders aus. Hier sind

die Reichsten um sieben- bis achtmal begüterieter als die untersten 20 Prozent. Österreich bewegt sich im Mittelfeld: hier sind die oberen 20 Prozent 4,8-mal reicher als das untere Fünftel.

In seinem Buch „Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind“ hat Wilkinson gemeinsam mit Koautorin Kate

Pickett aufgezeigt, wie positiv sich eine gerechtere Verteilung der zur Verfügung stehenden Finanzmittel auf eine Gesellschaft auswirkt. Und dass Wirtschaftswachstum nicht das Allheilmittel ist. Jedenfalls nicht ad infinitum. „Ja, am Anfang profitieren alle vom Wachstum. Die Lebenserwartung steigt, die allgemeine Gesundheit ist besser. Doch heute sind wir in den reichen Staaten an einem Punkt angelangt, wo noch mehr Wachstum nichts mehr bringt.“

## Soziale Problemfelder

Japan und Schweden verbindet nicht nur eine relative ökonomische Gleichheit. Viele Probleme wie Drogenabhängigkeit, Kindersterblichkeit, Übergewicht, psychische Erkrankungen, Mord- und Gefängnisraten oder Teenager-Schwangerschaften sind in diesen „gleicheren Staaten“ seltener anzutreffen als in

ebenfalls reichen, aber „ungleichen Ländern“. „Und davon profitieren alle: sowohl die Armen als auch die Reichen.“

Wie aber ist diese höhere ökonomische Gleichheit zu erreichen? Wilkinson sagt, hier gibt es kein Patentrezept. Und es sei auch nicht der Weg wichtig, sondern das Ziel. In Japan gibt es grund-

tus bei. Je höher wiederum dieser ist, desto besser fühlt man sich – schließlich kann man den eigenen Erfolg dann auch durch die Augen der anderen sehen.

Dies mag zwar das Selbstwert- und vielleicht auch das Glücksgefühl des Einzelnen heben, sagt der britische Forscher. Gesamtgesellschaftlich wirkt sich dieser Konkurrenz-

Prävention sei aber eine generell hohe Lebenszufriedenheit. Und die sei eben in Ländern mit höherer Gleichheit einfach höher.

## Gemeinwohl statt Wachstum

Fazit: Die reichen Gesellschaften sind am Ende des Nutzens von Wachstum angelangt. Nun müssen sie schauen, dass alle Bürger gute soziale Beziehungen haben. Das kommt wiederum allen zugute: Je gleicher die Einkommen, desto höher ist auch das Engagement für das Gemeinwohl, erzählt der Forscher. Und: In gleicheren Gesellschaften ist auch der Zugang zu Bildung für alle deutlich besser – und damit verbunden die Chance zu sozialem Aufstieg. ■

Alexia Weiss

**In Ländern, in denen eine starke Gewerkschaftsbewegung aktiv ist, gibt es geringere Einkommensunterschiede**

sätzlich geringere Einkommensunterschiede. In Schweden trägt das Steuersystem massiv zur Umverteilung bei. Ein Best-Practice-Beispiel streicht Wilkinson dann doch heraus: „Gute Erfahrungen hat man in Unternehmen gemacht, die von den Mitarbeitern übernommen wurden.“

## Aktive Gewerkschaften

Klar ist aber, dass Länder, in denen eine starke Gewerkschaftsbewegung aktiv ist, grundsätzlich zu den Staaten zählen, in denen es geringere Einkommensunterschiede gibt. Das rührt einerseits daher, dass sich die Gewerkschaften für stetige Lohnerhöhungen einsetzen. „Das hat aber auch damit zu tun, dass sie in den Unternehmen darauf schauen, dass die Topmanager mit ihren Gehältern nicht dem Rest gänzlich davongaloppieren.“

## Konkurrenz und Vertrauen

Wilkinsons Studien ergaben auch, dass in jenen Staaten, in denen es höhere ökonomische Unterschiede gibt, auch mehr Überstunden geleistet werden. Der Grund? Mehr Geld, das zur Verfügung steht, heißt auch: mehr kaufen zu können. Konsumgüter tragen zum sozialen Sta-

kampf aber negativ aus. Man vertraut in ungleicheren Staaten den anderen Menschen beispielsweise in viel geringerem Ausmaß als in gleicheren Staaten. Die Unterschiede bewegen sich hier zwischen 15 und 65 Prozent. Vertrauen, das heißt auch: wie sicher fühle ich mich nachts auf der Straße, zum Beispiel allein als Frau?

## Lebensqualität

Es sind genau solche Faktoren, die zur individuellen Lebensqualität beitragen. Und sozialer Status hin oder her: Wer permanent Überstunden machen muss, um sich all das zu leisten, was er meint zu brauchen, um seinen sozialen Status zu halten oder sogar zu heben, setzt sich auch massiv Stress aus. Dieser tut wiederum der Gesundheit nicht gut, so Wilkinson.

Er betont: nur gemeinsam könne die Gesellschaft zu einer besseren Lebensqualität kommen. Der Wissenschaftler gibt hier auch Beispiele aus der Medizin: Eine Herzoperation helfe dem Einzelnen, mache aber die Gesamtbevölkerung nicht gesünder. Eine Entzugsklinik helfe Drogenkranken, bekämpfe aber nicht die Drogensucht an sich. Prävention sei wichtig. Die beste

## Buchtipps



Richard Wilkinson und Kate Pickett: Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind.

Verlag Hoffmann & Tolkemitt, € 19,90.

## Video

Einen Ausschnitt aus Richard Wilkinsons Vortrag am GPA-djp-Bundesforum können sie hier sehen:



Scannen Sie diesen QR-Code mit Ihrem Smartphone und sehen Sie das Video zu unserer Aktionswoche!



Immer wieder werden Kinder plötzlich aus ihrer vertrauten Umgebung herausgerissen und in ein „Heimatland“ abgeschoben.

Foto: iStockphoto.com [Symbolfoto]

## Kinder im Asylverfahren

**Asylpolitik.** Das Vorgehen der Fremdenpolizei gegen die Familie Komani ist kein Einzelfall. Abschiebungen von Familien und unbegleiteten Minderjährigen sind weder selten noch ungewöhnlich.

**D**urch die Abschiebung der Familie Komani hat die österreichische Fremdenpolitik wieder einmal ein Gesicht und jede Menge Aufmerksamkeit bekommen. Zwei achtjährige Mädchen wurden gemeinsam mit ihrem Vater in den Kosovo abgeschoben,

während sich die Mutter in stationärer psychiatrischer Behandlung in Wien befand. Die beiden Mädchen hatten nahezu ihr gesamtes Leben in Österreich verbracht, sie waren bestens integriert.

Die Polizei rückte mit sechs Beamten, Rammbock und Sturmgewehr

an. In Steyr gingen daraufhin 1.600 Menschen auf die Straße, um für den Verbleib der Familie zu demonstrieren, und innerhalb von nur zwei Wochen gelang es der Online-Plattform [www.gegen-unrecht.at](http://www.gegen-unrecht.at), mehr als 100.000 Unterschriften für die Petition „Kinder gehören nicht ins Gefängnis“ zu sammeln.

## Keine Ausnahme

So problematisch das Vorgehen der Fremdenpolizei im Fall der Familie Komani ist, wirklich erschreckend ist, dass die Komanis kein Einzelfall sind. Abschiebungen von Familien und unbegleiteten Minderjährigen sind weder selten noch ungewöhnlich. Immer wieder werden Kinder plötzlich aus ihrer vertrauten Umgebung herausgerissen und in ein „Heimatland“ abgeschoben. Ein Land, an das sie sich oft nicht mehr erinnern können. Häufig verlassen Familien im Rahmen der „freiwilligen Rückkehr“ Österreich, so können sie der Schubhaft entgehen, von einer tatsächlichen Freiwilligkeit kann aber nur in den seltensten Fällen die Rede sein.

## Schubhaft

Das Fremdenpolizeigesetz sieht vor, dass gegen Minderjährige das „gelindere Mittel“ anzuwenden ist. Dies bedeutet, dass die Betroffenen verpflichtet sind, in einer von der Behörde bestimmten Unterkunft zu leben und sich in periodischen Abständen bei der Polizei zu melden. Die Schubhaftstatistiken belegen, dass diese rechtliche Vorgabe in der Praxis oft nicht beachtet wird. Im Schnitt werden in Österreich pro Jahr etwa 180 Minderjährige in Schubhaft genommen. Die offiziellen Zahlen bilden aber nur einen Teil der Realität ab. So werden etwa die Kinder der Familie Komani nie in einer Schubhaftstatistik aufscheinen – sie wurden gemeinsam mit dem Vater lediglich „zur Sicherung der Abschiebung festgenommen“. Viele andere minderjährige Flüchtlinge werden bereits unmittelbar nach ihrer Einreise nach Österreich in Haft genommen – noch bevor sie einen Asylantrag einbringen können. Bis zu 48 Stun-

den dürfen sie ohne Schubhaftbescheid von der Polizei festgehalten werden. Auch sie scheinen in keiner amtlichen Schubhaftstatistik auf.

Oft stellt sich die Verhängung von Schubhaft – gerade bei Minderjährigen – als rechtswidrig heraus. In vielen Fällen haben die Minderjährigen aber keine Chance, ein Rechtsmittel gegen die Schubhaft

**Schubhaft, jahrelanges Warten im Asylverfahren und Perspektivenlosigkeit setzen gerade bei Jugendlichen zerstörerischen Kräfte frei.**

einzubringen. In den Polizeianhaltezentren fehlt es an unabhängiger Rechtsberatung, zudem gelten Minderjährige – anders als im Asylverfahren – im fremdenpolizeilichen Verfahren bereits ab der Vollendung des 16. Lebensjahres als voll handlungsfähig. Ein klarer Verstoß gegen die UN-Kinderrechtskonvention.

## Menschliche Tragödien

Welche zerstörerischen Kräfte Schubhaft, das jahrelange Warten im Asylverfahren und die Perspektivenlosigkeit gerade bei Jugendlichen freisetzen können, bezeugen zwei aktuelle Beispiele:

Im September 2005 kam S. im Alter von 14 Jahren nach Österreich. Der junge Äthiopier schloss in Graz die Hauptschule, später auch den Polytechnischen Lehrgang positiv ab. Das lange Warten und die belastenden Einvernahmen zermürbten ihn, er zog sich mehr und mehr zurück. Eine Lehre durfte er nicht beginnen, weil ihm dies als Asylwerber nicht erlaubt ist. So begann er die HTL, die er jedoch später abbrach.

Nach vier Jahren wurde schließlich sein Asylantrag vom Asylgerichtshof rechtskräftig negativ entschieden. Im März 2009 stellte S. einen Antrag auf humanitären Aufenthalt. Trotz des offenen Verfahrens wurde er von der Polizei für mehrere Wochen in Schubhaft genommen. Vom unabhängigen Verwaltungssenat wurde die Schubhaft als rechtswidrig erkannt, S. wurde entlassen und bekam eine Haftentschädigung in der Höhe von 2.100 Euro zugesprochen. Späte Genugtuung für erlittenes Unrecht? Eher nicht!

Da er nun aus Sicht der Behörden nicht mehr als mittellos galt, wurde er aus der Grundversorgung entlassen und verlor somit seinen Wohnplatz. In der Folge lebte er bei Freunden, später in einer Flüchtlingsunterkunft der Caritas in Wien. Im August 2010 versuchte S. zum ersten Mal, sich das Leben zu nehmen, er überlebte schwer verletzt. Nach Monaten in Spitalsbehandlung nahm er sich, nur einige Tage nach der Entlassung, das Leben. Am 11. Oktober 2010 wurde seine Leiche bei Hainburg aus der Donau geborgen.

## Missbrauch

Nur einige Wochen zuvor war es bereits zu einer ähnlichen Tragödie gekommen. Bei der ersten Einvernahme in Traiskirchen am 20. Mai 2010 erzählte der 16-jährige H., dass er in Schweden von einem anderen Asylwerber missbraucht worden war. Er kündigte an, dass er keines-

## INFO

Die Online-Plattform für die Petition „Kinder gehören nicht ins Gefängnis“:  
[www.gegen-unrecht.at](http://www.gegen-unrecht.at)

falls nach Schweden zurückkehren wolle: „Ich habe meine Ehre und mein Gesicht verloren, bevor noch mehr Schande über mich kommt, ist es besser, in die Heimat abgeschoben zu werden“, steht in der Niederschrift der Erstbefragung zu lesen. H. zeigte sich überaus kooperativ und nannte sogar die Namen der Schlepper, die ihn nach Europa gebracht hatten. Trotzdem wurde er noch am Tag seiner Asylantragstellung in Schubhaft genommen. Nach fast drei Wochen Haft unternahm H. einen Selbstmordversuch, er erhängte sich, wurde von anderen Häftlingen entdeckt und ins AKH eingeliefert. Einige Wochen später, am 19. Juli 2010, verstarb H. in einem Pflegeheim in Niederösterreich.

### 100.000 Unterschriften

Junge Menschen werden, wie diese Beispiele belegen, nach gelungener Flucht in Österreich immer wieder all ihrer Hoffnungen beraubt. Diese Kinder und Jugendlichen, die in ihrem kurzen Leben mehr Tragödien und Schicksalsschläge erlebt haben als die meisten ÖsterreicherInnen der Nachkriegsgeneration sich nur vorstellen können, die bittere Armut kennen, Verfolgung, Krieg und den gewaltsamen Verlust von Familienangehörigen, die die Heimat verlassen mussten und die gefährliche Flucht oft nur mit Glück überlebten – sie werden hier wie Störenfriede behandelt. Dabei sollte es uns nicht nur eine Pflicht, vielmehr eine ehrenvolle Verantwortung sein, diese jungen Flüchtlinge dabei zu unterstützen, sich hier in Österreich eine Zukunft aufzubauen. Mehr als 100.000 Unterschriften gegen Kinder in Haft geben einen Funken Hoffnung, dass diese Sicht einmal Realität werden kann. ■

Heinz Fronck

Heinz Fronck ist Experte für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und Mitarbeiter der Asylkoordination Österreich.

# bockaufkultur2010

## Programm to come:

11. November – 5. Dezember

- 11.11. **FLIP (TEXTA)**  
BACKED BY S.K.  
INVITATIONAL /  
BINDER & KRIEGLSTEIN
- 13.11. **DANCEHALL SPECIAL**
- 19.11. **ROLAND DÜRINGER**
- 20.11. **SUA KAAAN / BLUDZBRÜDER**
- 25.11. **KARUAN**
- 27.11. **READY2RUMBLE**
- 29.11. **ROY DE ROY**  
THE POND PIRATES
- 01.12. **GIANTREE**
- 04.12. **SOFA SURFERS /**  
OGRIS DEBRIS
- 05.12. **JOSEF HADER**



Bock auf  
Kultur.at  
2010

ab Do, 4.11.  
im Kino

### Film

**DIE VERRÜCKTE  
WELT DER  
UTE BOCK**

Kinostart: 4. Nov.  
mit Josef Hader,  
Andreas Vitasek,  
Karl Markovics,  
Roland Düringer ...  
Regie:  
Houchang Allahyari



Bock auf Kultur ist eine Benefiz-Veranstaltungsreihe des „Ute Bock Verein – Wohn- und Integrationsprojekts“. Nationale und internationale KünstlerInnen treten unentgeltlich für das Engagement von Ute Bock für Flüchtlinge auf. Der Verein finanziert damit vor allem Wohnungen, eine eigene Sozial- und Rechtsberatung, medizinische Versorgung, ein kostenloses Bildungsangebot und diverse individuelle Unterstützung von obdachlosen Flüchtlingen in Wien. Ganz nach dem Motto:

**Wir treten auf, solange Flüchtlinge  
auf der Straße stehen!**

## Tickets (außer Kabarett):

### Jugendinfo

Babenbergerstr. 1, 1010 Wien

Tel: 01 400084100

[www.jugendinfowien.at](http://www.jugendinfowien.at)

Weitere Infos und Vorverkaufstellen auf [www.bockaufkultur.at](http://www.bockaufkultur.at)



# www.bockaufkultur.at

WIR TRETEN AUF, SOLANGE FLÜCHTLINGE AUF DER STRASSE STEHEN



## Qualität schaffen

Die Broschüre „Bildung am Fließband“ plädiert für Qualitätssicherung in der Weiterbildung.

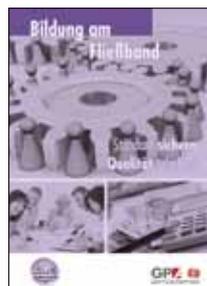
Aus- und Weiterbildung sichert Beschäftigungsfähigkeit, vermeidet Arbeitslosigkeit und hilft, einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Die öffentliche Hand investiert Millionen, auch die ArbeitnehmerInnen selbst greifen dafür tief in die Tasche. Eine Investition in Wissen bringt immer noch die besten Zinsen!

Damit die Weiterbildung funktioniert, braucht es engagierte und gut ausgebildete ArbeitnehmerInnen in der Erwachsenenbildung, denn nur sie können die hohen Erwartungen erfüllen. Wie funktioniert aber ein System, in dem Kursziele an betriebswirtschaftlichen Kennzahlen ausgerichtet werden? Es war eine Frage der Zeit, bis sich der Wettbewerb zulasten der Qua-

lität entwickelt. Auf der Strecke bleiben Individualität, Evaluierung und Entwicklung, faire Rahmenbedingungen, ein selbstbestimmtes Berufsbild und die Sicherheit für die Beschäftigten. Investitionen in unser Weiterbildungssystem werden als Kosten angesehen, die den freien Wettbewerb stören.

Die **work@education** hat daher dieses Themenheft herausgebracht und Vorstellungen und Ziele formuliert, die Standard sichern und Qualität schaffen.

Broschüre bestellen:  
[service@gpa-djp.at](mailto:service@gpa-djp.at)



## Arbeitszeit – Reisezeit – Ruhezeit

Dienstreisen gehören in den meisten qualifizierten Berufen zum Alltag: 1,2 Millionen, das ist mehr als ein Drittel aller ArbeitnehmerInnen in Österreich, haben zumindest eine Dienstreise im Jahr. Insgesamt gibt es jährlich etwa 5 Millionen statistisch erfasste Dienstreisen. Regelungen dazu finden sich in Gesetzen, in Kollektivverträgen, Betriebsvereinbarungen oder in Ihrem persönlichen Arbeitsvertrag.

Die Broschüre beschäftigt sich mit Fragen, die im Zusammenhang mit Dienstreisen immer wieder auftauchen: Was zählt auf Dienstreisen

als Arbeitszeit? Was sind Reisezeiten? Wie kann man die vorgesehenen Ruhezeiten einhalten oder verschieben, wenn es nötig ist? Sie konzentriert sich dabei auf die „klassische“ Dienstreise in der Dauer zwischen einem Tag und einem Monat.

Eine Arbeitsgruppe aus BetriebsrätInnen der Interessengemeinschaft **work@professional** und ExpertInnen der **GPA-djp** hat die häufigsten Fragen zusammengetragen und kompakt und kompetent beantwortet.

Die Broschüre bestellen:  
[www.gpa-djp.at/professional](http://www.gpa-djp.at/professional)



## „Unterentlohnung“ ab Mai 2011 strafbar

Ein Maßnahmenpaket der Sozialpartner soll zum einen ein Unterlaufen der österreichischen Mindestlöhne unmöglich machen und zum anderen qualifizierte Zuwanderung ermöglichen. Anlass ist die am 1. Mai 2011 bevorstehende Öffnung des Arbeitsmarkts für osteuropäische EU-Länder.

Ein neues Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping stellt klar, dass Unternehmen, die ihren Beschäftigten zu wenig bezahlen, strafbare Handlungen begehen und mit Verwaltungsstrafen rechnen müssen. Das neue Gesetz gibt nun Instrumente, Unterentlohnung zu bekämpfen und das gute und flächendeckende Kollektivvertragssystem vor unfairem Wettbewerb zu schützen.

# Wessen ORF ist der ORF?

*Medien. Parteien und von diesen entsandte Stiftungsräte sowie die ORF-Geschäftsführung beschädigen hingebungsvoll den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Auf Kosten und zum Schaden des Publikums und der Beschäftigten.*

Deren Verursacher sind eine klägliche Medienpolitik und Managementfehler. Dass es in solch einer Situation nicht unbedingt hilfreich ist, wenn die Geschäftsführung (teilweise in Selbstzerfleischung) zerbröseln, ist selbstverständlich. Aber auch in dieser Situation halten die ORF-Radioprogramme Quoten und Qualität (noch) auf internationalem Höchstniveau, ist ORF.at das mit Abstand erfolgreichste Online-Medium des Landes und auch die ORF-Fernsehprogramme sind trotz kräftiger Quoteneinbrüche noch immer bei Marktanteilen, wie sie öffentlich-rechtliche TV-Programme nur in ganz wenigen anderen Ländern erzielen. Das ist ausschließlich dem Engagement der ProgrammacherInnen zu verdanken. Die sind allerdings längst an den Grenzen der Möglichkeiten und Zumutbarkeiten angelangt. In den letzten beiden Jahren wurde die Belegschaft um 13 (!) Prozent reduziert und in vielen Bereichen fehlt das Budget selbst fürs Nötigste.

Fritz Wendl ist ORF-Redaktorsratsvorsitzender und Vorsitzender des WB 26 in der GPA-djp.

**O**b in zahlreichen Zeitungsartikeln oder an Stammischen oder in Wortmeldungen von ParteisekretärInnen und sonstigen „Medienpolitikern“: Dem ORF wird wieder einmal mit Vehemenz bescheinigt, in der totalen Krise zu sein. Und auch noch so ahnungslose DebattenteilnehmerInnen halten sich für ExpertenInnen. Das signalisiert immerhin Interesse, hat aber den gravierenden Nachteil, dass Diskussionen und Handlungen häufig jeglicher Vernunft entbehren.

Der ORF ist tatsächlich in der schwersten Krise seiner Geschichte.

Foto: Nurnith Wagner-Strauss

## Programmauswirkungen

Ausschließlich Geschäftsführung und Stiftungsräte glauben, dass diese Art von „Sparkurs“ ohne Auswirkungen auf die Programmqualität funktionieren kann. Und das wird zur akuten Gefahr nachhaltiger, kaum mehr wiedergutzumachender Beschädigungen der Substanz des ORF. Denn ein ORF, der nicht mehr imstande wäre, öffentlich-rechtliche Kernaufgaben zu erfüllen, hätte seine Legitimation verloren. Ein „Sparkonzept“, das solche Gefahren zwangsläufig mit sich bringt, ist kein Reform-, sondern ein Zerstörungskonzept.

## Schwächung per Gesetz

Eines, das sogar im am 1. Oktober in Kraft getretenen neuen ORF-Gesetz steht. Die teilweise, befristete Refundierung der dem ORF von der Politik auferlegten Gebührenbefreiungen wird darin – auch verfassungsrechtlich bedenklich – gekoppelt an eine weitere „strukturelle Reduktion der Personalkosten“ und an eine „Reduktion der Pro-Kopf-Kosten“.

Und auch eine Amputation des ORF-Online-Angebots wurde gesetzlich festgeschrieben: Die ORF-Online-Berichterstattung darf nun nicht mehr „vertiefend“ sein, das zukunftssträchtige Online-Angebot Futurezone wurde zwangsprivatisiert und die Berichterstattung auf den ORF-Landesstudio-Websites wurde gesetzlich auf „80 Tagesmeldungen pro Bundesland pro Kalenderwoche“ beschränkt. Dass man sich so etwas beim Zeitungsherausgeberverband VÖZ (und dessen Kommerzrundfunkablegern) wünschte, ist verständlich. Dass diese Wünsche allerdings vom ORF-Verhand-

ler (dem als ÖVP-NÖ-Wunscherfüllung bestellten kaufmännischen Direktor) und in der Folge vom Parlament willfährig erfüllt wurden, hätte man ursprünglich aber wohl selbst beim VÖZ kaum für möglich gehalten.

## Klägliche Medienpolitik

Das neue ORF-Gesetz hat das Gegenteil dessen beschert, was am ÖGB-Bundeskongress einstimmig gefordert worden war: „Eine wirtschaftlich gesicherte Grundlage des ORF als starkes, unabhängiges Leitmedium“. Und das kam nicht einmal überraschend angesichts dessen, was hierzulande meist unter Medienpolitik verstan-

**Ein ORF, der öffentlich-rechtliche Kernaufgaben nicht mehr erfüllen kann, hätte seine Legitimation verloren.**

den wird: nämlich, dass Parteisekretariate glauben, irgendwelche Ansprüche auf Mitsprache bei ORF-Personalentscheidungen zu haben; dass in der Medienförderung kaum ernsthafte Qualitätskriterien ausschlaggebend sind; dass mit Steuergeld eine Inseratenmästung von Blättern stattfindet, die Ausländer- und EU-Feindlichkeit und Politikverdrossenheit fördern, und dass eine unvergleichliche Medienkonzentration den öffentlichen Diskurs hemmt.

## Demokratiepolitisch unverzichtbar

In einer solchen Medienlandschaft kommt dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk auch eine demokratiepolitisch unverzichtbare Rolle zu. Das Problem ist „nur“, dass sich die ernsthafte Frage stellt, wie lange der ORF diese Rolle noch spielen kann. Die Geschäftsführung kämpft

nämlich nicht um einen möglichst starken ORF, sondern erfüllt brav die Schwächungsvorgaben von PolitikerInnen und deren ErfüllungsgelhilfInnen im ORF-Stiftungsrat. Und zum programmschädigenden, exzessiven Personalabbau kommen auch noch immer mehr Ausgliederungen in Töchter, wo z. B. Kollektivverträge von Branchen angewendet werden, in denen kein/e einziger/einzig der betroffenen MitarbeiterInnen tätig ist.

Der ORF gehört aber weder der ORF-Geschäftsführung noch Politikern (auch wenn's die nicht glauben wollen). Er ist ausschließlich seinem Publikum, der demokratischen Öffentlichkeit verpflichtet.

Die überwältigende Mehrzahl der ORF-MitarbeiterInnen agiert dementsprechend. Auch wenn's ihnen noch so schwer gemacht wird. Um den ORF-JournalistInnen und den in den ORF-Töchtern Beschäftigten möglichst effiziente gewerkschaftliche Unterstützung bieten zu können, hat die GPA-djp vor wenigen Monaten einen neuen Wirtschaftsbereich, den WB 26 „ORF und Töchter“, eingerichtet. ■

*Fritz Wendl*

## ORF und Töchter

Seit Mai dieses Jahres gibt es in der GPA-djp den neuen Wirtschaftsbereich „ORF und Töchter“. ORF-JournalistInnen und den Beschäftigten in den ORF-Töchtern kann damit eine optimale gewerkschaftliche Betreuung garantiert werden. Schwerpunkte sind die KV-Politik, die freien DienstnehmerInnen und die österreichische Medienpolitik.



Foto: Monster, Fotolia.com

# Versalzen

**Konflikt.** Im oberösterreichischen Traditionsunternehmen Saline Ebensee sind Betriebsräte und Gewerkschaften mit massiven arbeitsrechtlichen Problemen konfrontiert.

## Zahlreiche Konflikte

Der mögliche Missbrauch der Videokameras zur Überwachung der Beschäftigten ist ein skandalöser Höhepunkt in einer ganzen Reihe von Übergriffen: So führte erst ein Einschreiten des Arbeitsinspektors dazu, dass die erlaubten Arbeitszeiten wieder eingehalten wurden; es gab Kündigungen und einseitige Arbeitszeitänderungen für die ArbeiterInnen. Aufgrund des öffentlichen Drucks konnte der vollkontinuierliche Schichtrhythmus mit den Beginnzeiten um 7.00, 15.00 und 23.00 (!) Uhr erfolgreich wegverhandelt werden.

Weiters wurde ein Zutrittssystem für die Toiletten und Waschräume in der Primärproduktion montiert. Es wurde erst wieder entfernt, nachdem die Gewerkschaft eingeschritten war und sich in einer Urabstimmung bei den Betroffenen nur 21 Prozent für die Beibehaltung ausgesprochen hatten.

## Betriebsrat diffamiert

Gegen all diese Maßnahmen setzten sich die BetriebsrätInnen massiv zur Wehr – was dazu führte, dass sie diffamiert und gemobbt wurden. Einige Führungskräfte und Angestellte gingen sogar so weit, eine Unterschriftenliste für die Abwahl des Angestelltenbetriebsrates zu organisieren. 59

Unterschriften wurden gesammelt. Als es zu einer geheimen Abstimmung kam, waren nur mehr 42 Leute für die Enthebung. Dies lässt vermuten, dass vorher einiges an Druck ausgeübt worden war. Die Stimmenzahl reichte nicht aus, Betriebsratsvorsitzender Christoph Neubacher blieb mit seinem Team weiterhin im Amt.

## Kritik an Führungsstil

„Mehrheitseigentümer Hannes Androsch glaubt offenbar dem Vorstandsvorsitzenden Stefan Maix – seinem Schwiegersohn – und beklagt sich über Briefe von den Gewerkschaften. Mitaktionär Raiffeisen will sich nicht einmischen. Somit wird das Grundproblem nicht behoben“, kritisiert Stangl.

Bei einer Betriebsversammlung wurde eine Resolution für einen menschlichen und wertschätzenden Führungsstil beschlossen. Andreas Stangl: „Bisher führten sämtliche Vermittlungsversuche bei der Geschäftsführung nur zu noch mehr Auseinandersetzungen. In jedem anderen Betrieb hätte der Vorstandsvorsitzende bei derartigen belegbaren Vorwürfen schon seinen Hut nehmen müssen. Wir werden dafür kämpfen, dass die Missstände beseitigt werden.“ ■

red.

Vieles hat sich zum Schlechteren gewendet, so der Tenor bei vielen Beschäftigten in der Saline Ebensee. Aktueller Anlass: Zwölf bis 14 Kameras wären gemäß einer Betriebsvereinbarung zur Videoüberwachung erlaubt. Da dies für die Nitritproduktion nötig ist, hatte auch der Betriebsrat zugestimmt. Tatsächlich wurde jedoch ein Vielfaches der vereinbarten Kameras montiert. „Ihre Funktionalität wurde einseitig gegen die Betriebsvereinbarung geändert. Der Vorstand leugnet diese Vorgangsweise nicht einmal, obwohl sie eindeutig rechtswidrig ist“, ist Andreas Stangl, gf. Regionalgeschäftsführer der GPA-djp OÖ, empört.



Foto: Andres Rodriguez, Fotolia.com

## Vorweihnachtszeit im Handel

*Bezahlung und Arbeitszeit für Angestellte im Handel im Advent, zu Weihnachten und zu Silvester*

Alle Jahre wieder – kommt das Weihnachtsgeschäft und mit ihm die anstrengendste Zeit für die Angestellten im Einzelhandel. Verschiedene Sonderbestimmungen betreffen die vier Samstage vor Weihnachten und vor allem den 8., 24. und 31. Dezember.

An den vier Einkaufssamstagen im Advent gibt's in den meisten Fällen ab 13 Uhr einen Überstundenzuschlag von 100 Prozent.

Die Arbeitsleistung am 8. Dezember ist absolut freiwillig und die Arbeitsstunden müssen – als Normalstunden – extra bezahlt werden. Arbeiten am 8.12. bringt zusätzliche Freizeit und außerhalb der üblichen Normalarbeitszeit besteht Anspruch auf Überstundenzuschlag.

Am 24. Dezember gelten geänderte Öffnungszeiten (Allgemeiner Handel bis 14 Uhr, Handel mit Naturblumen und Süßwaren bis 18 Uhr, Christbaumverkauf bis 20 Uhr), ebenso am 31. Dezember (Allgemeiner Handel bis 17 Uhr, Lebensmittel Einzelhandel bis 18 Uhr, Handel mit Naturblumen, Süßwaren und Silvesterartikel bis 20 Uhr).

Für den Heiligen Abend und den Silvestertag gelten alle normalen kollektivvertraglichen Bestimmungen, nach 14 bzw. 17 Uhr haben alle Angestellten Anspruch auf Überstundenentlohnung.

Genauere Informationen finden Sie auf der GPA-djp-Homepage: [www.gpa-djp.at](http://www.gpa-djp.at)

## Frauen-Ratgeberin: Wohin in Wien!

Die Wiener GPA-djp-Frauen haben eine Broschüre neu herausgebracht: „Frauen-Ratgeberin – Wohin in Wien! Die Wegweiserin der Wiener GPA-djp-Frauen durch den Beratungs- und Behördendschungel“ listet gute Kontaktadressen, Informationsstellen und Hotlines, die einem im alltäglichen Leben oft enorme Hilfestellungen und Zeitersparnisse bieten.

Die neue Frauen-Ratgeberin bietet nützliches zu Themen wie Arbeitswelt, Bildung oder Gesundheit, Schwangerschaft, Karenz und Kinder, aber auch Gewalt, Soziale Probleme oder Schulden ebenso wie Scheidung oder Wohnen.

Die Broschüre bestellen: [service@gpa-djp.at](mailto:service@gpa-djp.at)



## Konferenz: Europa in der Krise – Analysen und Alternativen

Die Europäische Union befindet sich in der größten wirtschaftlichen Krise seit ihrem Bestehen. Dafür ist nicht nur die globale Finanz- und Wirtschaftskrise verantwortlich. Die Krise macht auch die Konstruktionsfehler der Europäischen Integration und Versäumnisse der europäischen Politik sichtbar. Eine prominent besetzte Konferenz, veranstaltet von der GPA-djp, Attac, Beigewum, FORBA und dem Institut für Politikwissenschaften der Universität Wien, widmet sich solidarischen und demokratischen Alternativen zur aktuellen EU-Politik.



Auf dem Programm: Vortrag mit anschließender Diskussion mit James K. Galbraith (Univ. Texas, USA) zum Thema Krisenbekämpfung in den USA und in der EU (9.12., Altes Rathaus, 1010 Wien) und Plenum und Workshops zu den Themen „Regulierung der Finanzmärkte“, „Krisen/Ungleichgewichte in der Europäischen Union“ sowie „Soziales Europa“ (10.12., ÖGB-Zentrale, Catamaran, 1020 Wien)

Alle Infos, Programm und Anmeldung: [www.europa-in-der-krise.at](http://www.europa-in-der-krise.at)



Foto: Pixstore, Fotolia.com

# Advent- und Weihnachtsstimmung

*Wenn die ersten Christkindlmärkte ihre Pforten öffnen und Gospels für vorweihnachtliche Stimmung sorgen, dann ist Weihnachten nicht mehr weit.*

© Atlantis Event



## American Christmas Gospel

Mit Stella Jones und Videowall

Eines der absoluten Highlights zu Weihnachten ist die Gruppe von Künstlern aus den Südstaaten. Die Formation von unglaublichen Power-Stimmen präsentiert die bekanntesten Soul-Songs mit einer mitreißenden & inspirierenden Show. Die Wiener Votivkirche bietet dazu das passende Ambiente.

Termine in der Wiener Votivkirche:  
4., 10., 11., 17., 18. 12. 2010  
Einlass: 19.30 Uhr,  
Beginn: 20.00 Uhr

Tickets unter  
Tel. 01/890 36 82 82  
Für GPA-djp Mitglieder: 10 %  
CARD-Ermäßigung unter dem  
Kennwort „GPA Happy 10“  
Infos: www.atlantis-event.com

© cirque a la carte



## Cirque à la Carte

Polaris – Die phantastische Dinnershow in der Event-Pyramide Vösendorf mit Musicalstar Maya Hakvoort und Star Koch Bernie Rieder.

1. Dez. 2010 – 14. Feb. 2011

Atemberaubende Artistik, fantasievolle Kostüme, inspirierende Musik und ein Gaumenschmaus werden Sie verzaubern. Infos: [www.cirquealacarte.at](http://www.cirquealacarte.at)

Um 10 % ermäßigte Tickets in der ÖGB-Kartenstelle,  
Tel. 01/534 44-39679

Oder schenken Sie einen „Cirque à la Carte“-Gutschein zu Weihnachten!

Gutscheinbestellung:  
[info@cirquealacarte.at](mailto:info@cirquealacarte.at)  
10 % Ermäßigung mit dem  
Kennwort: Gewerkschaft

© Manfred Baumann



## Leise rieselt der Schmäh

Frei nach diesem Motto begeben sich Brigitte Neumeister und Wolfgang Böck mit heiter-ungewöhnlichen Geschichten auf eine spannende Spurensuche zur angeblich „stillsten Zeit des Jahres“. Wer auf anti-traditionalistische Weise vorfeiern möchte, darf sich die Adventshow am 9. Dezember im Gasometer auf keinen Fall entgehen lassen.

Für GPA-djp Mitglieder:  
20 % Rabatt auf Tickets  
1. Kategorie um € 28,- statt € 35,-

Anfragen/Bestellungen:  
[office@planet.tt](mailto:office@planet.tt) unter dem  
Kennwort: Gewerkschaft

Tickets werden per Post zugestellt und sind nach Erhalt per Überweisung zu bezahlen (keine Ticketgebühren!).

© Urlaub am Bauernhof



### Weihnachten und Silvester am Bauernhof

Weihnachten: 6 Nächte inkl. Winterwanderung, Feier mit Gastgeberfamilie, Besuch der Mette, Weihnachtsbäckerei, Pferdeschlittenfahrt  
 Silvester: 6 oder 3 Nächte, inkl. Pferdeschlittenfahrt, Fackelwanderung, Silvesterjause und Katerfrühstück

Pauschalpreise

6 Nächte:

FEWO für 4 P. (2 Erw. + 2 Ki.)

€ 399,-, 2 P. € 300,-

Zimmer/Frühstück p. P. € 165,-

3 Nächte:

FEWO für 4 P. (2 Erw. + 2 Ki.)

€ 256,-, 2 P. € 199,-

Zimmer/Frühstück p. P. € 109,-

10 % CARD-Ermäßigung.

Buchung: Tel. o 79 46/51 94

E-Mail: b.wenigwieser@aon.at

© Intertravel



### Silvester in Sizilien

Lassen Sie den kalten Winter hinter sich und feiern Sie Silvester im sonnigen Sizilien.

29.12.2010 bis 3.1.2011

Sonderflug Wien – Catania – Wien, Economy Class, Austrian Airlines Group

20 kg Freigepäck/Bordservice  
 Sicherheits- u. Flughafengebühren/Transfer Flughafen/Hotel und retour

4 Übernachtungen DZ/NF im 4\*-Hotel Capo dei Greci: [www.hotelcapodeigreci.it](http://www.hotelcapodeigreci.it)

€ 495,- pro Person im DZ

€ 100,- Einzelzimmerzuschlag

Für GPA-djp-Mitglieder:  
 Stadtrundfahrt Catania gratis

INTERTRAVEL, Tel.: 01/533 06 60

E-Mail: [office@intertravel.at](mailto:office@intertravel.at)

© Rosenburg



### Rosenburger Christkindlmarkt

Die Besucher erwartet viel Weihnachtsromantik, schöne Momente vor dem lodernen Kamin, ein umfangreicher, regionaler Handwerksmarkt, weihnachtliche Musik, Turmbläser, fackelgesäumte Wege, eine Feuershow, kulinarische Schmanckerln und vieles mehr und an allen drei Tagen unterschiedliche Konzerte und Aufführungen in unvergleichbarem Ambiente.

10. bis 12. Dezember 2010,

10 bis 20 Uhr

Eintritt: € 5,- (Kinder bis 5 J.

gratis, 6–15 J. € 2,50)

Mit der GPA-djp-CARD 10 % ermäßigt.

Renaissanceschloss Rosenberg,  
 3573 Rosenberg 1

Info zum Veranstaltungsprogramm: [www.rosenburg.at](http://www.rosenburg.at)

### Nähere Infos

zu diesen und vielen anderen CARD-Vorteilsangeboten finden Sie unter: [www.gpa-djp.at/card](http://www.gpa-djp.at/card). Hier können Sie auch den CARD-Newsletter abonnieren und erhalten monatlich per E-Mail aktuelle CARD-Infos.

Steht Ihnen kein Internetzugang zur Verfügung, senden wir Ihnen gerne die CARD-Broschüre zu. Bestellungen: Tel.-Nr. 05 03 01-301, E-Mail: [service@gpa-djp.at](mailto:service@gpa-djp.at)



Foto: Andrejs Pildjass, Fotolia.com



# Gewinnspiele und Ermäßigungen



Alle markierten Produkte können Sie gewinnen!

Senden Sie dazu eine Postkarte an die Redaktion KOMPETENZ, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1, Kennwort: Name der jeweiligen Veranstaltung bzw. online: [www.gpa-djp.at/gewinnspiel](http://www.gpa-djp.at/gewinnspiel)

**Einsendeschluss: 2. Dezember 2010.** Keine Barablösung. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



© Mario Lang

Bis 10. Dezember  
2010

## BUNBURY

3raum-anatomietheater,  
1030 Wien

„Bunbury“ – eine triviale Komödie für ernsthafte Leute, Oscar Wildes berühmtestes Stück ist der vorläufige Höhepunkt des erfolgreichen „Heuchler-Zyklus“.

Infos: [www.3raum.or.at](http://www.3raum.or.at)  
Karten: Tel. 0650/323 33 77  
Mit der CARD € 16,- statt € 18,-



© Mario Lang & theaterfink

1. bis 23. Dezember  
2010

## Wienerlied – und?

Der musikalische Adventkalender  
Verschiedene Veranstaltungsorte

Freuen Sie sich auf schwungvolle Adventabende mit Roland Neuwirth, Karl Hodina u. v. a. Beginnend mit einem Konzert am 1. Dezember im 1. Bezirk bis zum 23. Dezember im 23. Bezirk.

Infos: [www.wienerlied-und.at](http://www.wienerlied-und.at)



© EMS Live

3. bis 19. Dezember  
2010

## HARLEM CHRISTMAS GOSPEL

Minoritenkirche, 1010 Wien

Das Adventereignis direkt aus New York – Gospel-Legende Alvin Freeland und sein Chor. Niemand kann sich den mitreißenden Rhythmen und Melodien entziehen!

Karten: 20 % CARD-Ermäßigung,  
Tel. 0800 333 800



© BMG Thommy Mardo

Bis 2. Jänner  
2011

## BLUE MAN GROUP

MuseumsQuartier Wien

Die Show-Sensation des Jahres: Die Original-Theater-Show der BLUE MAN GROUP aus New York gastiert erstmals in Wien. Lassen Sie sich entführen auf eine Reise, die witzig, komisch, intelligent und optisch überwältigend ist.

Infos: [www.bluemangroup.at](http://www.bluemangroup.at)



© Leventi Tarhan

Bis 18. Dezember  
2010

## Westlich der Sonne, östlich vom Mond

Interkulttheater, 1060 Wien

Der 5. Teil des Erfolgsprogrammes „Derwisch erzählt“ von und mit Aret G. Aleksanyan. Bewegende und heitere Geschichten zum Weinen und Lachen.

Infos: [www.interkulttheater.at](http://www.interkulttheater.at)  
Karten: 01/587 05 30  
Mit der CARD € 13,- statt € 17,-



© Roman Pantucek

Mo-Fr 8-12.00 Uhr  
(nach Voranm.)

## Sammlung Friedrichshof

Zurndorf/Bgld.

In den von Adolf Krischanitz umgebauten Ausstellungsräumen werden die Aktionismusbestände sowie Werke von Paul McCarthy präsentiert.

Infos: [www.sammlungfriedrichshof.at](http://www.sammlungfriedrichshof.at)  
Mit der CARD € 3,- statt € 5,-  
Tel. Voranm.: 0676/749 76 82

**Andreas Drinkuth:  
Eine soziale Elite – die  
Betriebsräte. 20 Portraits**

Schüren Verlag. € 17,40



In diesem Buch werden 20 Betriebsräte aus verschiedenen Branchen vorgestellt, Frauen und Männer mit sehr unterschiedlichen Lebensläufen und Berufen. Keinem wurde das Amt

des Betriebsrates in die Wiege gelegt. Dennoch ist es nicht ganz zufällig, dass gerade sie von ihren KollegInnen in den Betrieben gewählt wurden. Eine Gesellschaft braucht Führungspersönlichkeiten, die Verantwortung für die Gemeinschaft übernehmen.

**Wolfgang Petritsch:  
Bruno Kreisky. Die Biografie**

Residenz Verlag. € 26,90

Bruno Kreisky war ein Mann mit Eigenschaften. Er besaß Charisma und Spontaneität, war abwägend und impulsiv, zugleich aber der politischen Aufklärung verpflichtet. Bruno Kreisky hatte eine lebenslange Vision: die Menschen in Arbeit halten. Seine faszinierende und durchaus widersprüchliche Persönlichkeit ist das Ergebnis eines außergewöhnlichen Lebens.

Er war Sozialist aus bürgerlicher Familie, saß in den Gefängnissen der Austrofaschisten und der Gestapo und überlebte Nationalsozialismus und Zweiten Weltkrieg als Emigrant in Schweden. Dort lernte er Demokratie und Sozialstaat kennen und verstand

sie als reale Alternative zum Österreich der Dreißigerjahre. Am Wiederaufbau seiner Heimat entscheidend beteiligt, hat Bruno Kreisky sein Land geprägt wie niemand sonst.

Bruno Kreisky wäre im Jänner 2011 100 Jahre alt geworden. Diese umfassende Biografie beruht auf der jahrzehntelangen Beschäftigung des Autors mit dem Phänomen Kreisky und deckt sämtliche politischen und auch den privaten Bereich ab. Als enger Mitarbeiter konnte Wolfgang Petritsch ungewöhnliche Einblicke in das Denken und Handeln des Porträtierten gewinnen. Ein Muss für alle, die sich für österreichische Politik und Zeitgeschichte interessieren!



Die vorgestellten Bücher sind über den Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1010 Wien, Rathausstraße 21, Tel.: 01/405 49 98-132, Fax: 01/405 49 98-136, oder per E-Mail: [fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at) erhältlich.

Abfertigung neu: 2,25 % p.a. garantiert\*

# Mitarbeiter fair absichern. Einfach umsteigen auf fair-finance.

Kostenlos von Ihrer  
Vorsorgekasse  
zu fair-finance:

- ▄ Beitritt zu fair-finance
- ▄ Kündigung des alten Vertrages
- ▄ Lohnverrechnung informieren
- ▄ faire Vorteile nützen

Telefonservice:  
0810 810 061  
Mehr Information auf  
[www.fair-finance.at](http://www.fair-finance.at)

Das ist der faire Unterschied: günstigste Konditionen und Gebühren sowie einzigartige Sicherheiten wie Zinsgarantie und Gewinnbeteiligung. Und dazu die Gewissheit sozial verantwortlicher Veranlagung des Vermögens mit dem starken und stabilen Rückhalt der fair-finance.

Der faire Unterschied.

**fair-finance**   
VORSORGEKASSE AG

\* ) Aktueller Zinssatz



Das Team der Gebietsbetreuung Stadterneuerung im 6., 7., 8. und 9. Bezirk

# Gemeinsam entscheiden. Zusammen leben.

*Stadterneuerung hat die Aufgabe, die Lebensqualität im dicht verbauten Stadtgebiet zu verbessern, ohne dabei die Charakteristik des Ortes zu zerstören.*

Die Gebietsbetreuung Stadterneuerung im 6., 7., 8. und 9. Bezirk (kurz: GB\*6–9) wird seit dem Jahr 2007 nach einer europaweiten Ausschreibung im Auftrag der Magistratsabteilung 25 von der ARGE Klerings Architekten Ziviltechniker GmbH. und Wohnbauvereinigung für Privatangestellte Gemeinnützige Gesellschaft mbH als vielseitig geschultes Team unter der Leitung von Arch. DI Christiane Klerings geführt. Für die Wohnbauvereinigung stellt die Tätigkeit in der Gebietsbetreuung einen wesentlichen Bestandteil der Nachhaltigkeit in der Wohnungswirtschaft dar, was vor allem soziale und gesellschaftliche Aspekte betrifft.

Seit mittlerweile über 35 Jahren gibt es in Wien die Einrichtung der Gebietsbetreuungen, um mit dem Weg einer nachhaltigen, „sanften“ Stadterneuerung die Stadt auch für zukünftige Generationen lebenswert zu machen. Für diese Politik wurde im Oktober dieses Jahres die wichtigste Auszeichnung der Vereinten Nationen im Bereich des Wohnens, die „Scroll of Honour 2010“ der UN-Habitat (UNO-Weltorganisation für Siedlungswesen und Wohnbau) an die Stadt Wien verliehen.

Zu den wichtigsten Merkmalen der Wiener Stadterneuerung, so UN-Habitat, gehören klare Entscheidungsstrukturen unter Einbindung

aller Beteiligten und eine breite BewohnerInnenmitbestimmung. Die Gebietsbetreuungen wurden in diesem Zusammenhang als lokale Plattformen für Kommunikation und Entscheidungsfindung lobend erwähnt.

## **Stadterneuerung bringt Lebensqualität**

Die Menschen und ihr Wohnumfeld stehen daher im Mittelpunkt der Arbeit der Gebietsbetreuung in Kooperation mit den Bezirksvertretungen und zuständigen Magistratsdienststellen. Die beiden Informationslokale der GB\*6–9 sind Anlaufstellen für erste Fragen zu wohnrechtlichen Anliegen, Aus-

künfte zur unmittelbaren Wohnumgebung sowie allgemeine Fragen zur Stadterneuerung und werden laufend für Ausstellungen und Veranstaltungen genutzt.

Darüber hinaus bearbeitet die GB\*6–9 Projekte, die zur Aufwertung von Grätzeln und Stadtteilen beitragen. Schwerpunkte bilden dabei die bauliche Erneuerung, bei der gemeinsam mit den Bezirken und dem wohnfonds\_wien Sanierungsinitiativen gesetzt werden, Stadtteilarbeit in Kooperation mit anderen Einrichtungen in den Bezirken, die Sicherstellung und Aufwertung der Grün- und Freiräume sowie Überlegungen zur Neugestaltung des öffentlichen Raumes.

## Projekte entstehen im Kontakt

So werden mit dem Projekt „Mobilität im Grätzel“ Voraussetzungen für eine Steigerung der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum geschaffen. In Zusammenarbeit mit NutzerInnen schlägt die Gebietsbetreuung für ausgewählte Plätze Maßnahmen zur Verbesserung der barrierefreien Gestaltung für alle Bevölkerungsgruppen vor, nimmt dabei gerne Anregungen der BewohnerInnen entgegen, erörtert diese in Fachgruppen und erarbeitet Lösungsvorschläge.

Beim Arbeitsschwerpunkt „Aufwertung von Einkaufsstraßen“ vernetzt die GB\*6–9 Geschäftsleute untereinander und regt in Gesprächen mit HauseigentümerInnen an, neue Nutzungen für leer stehende Geschäftslokale zu finden, um so zu einer Belebung beizutragen und die Bezirkseinkaufsstraßen als attraktiven Ort für die Nahversorgung sicherzustellen.

Die Gebietsbetreuung bietet der Wohnbevölkerung bei zahlreichen fachlich geführten Spaziergängen die Gelegenheit, hinter die Fassa-



Foto: WBVG/GPA

*Das Projekt Mobilität im Grätzel“ dient der barrierefreien Gestaltung des öffentlichen Raumes für alle Bevölkerungsgruppen.*

den ihres Wohnumfeldes blicken zu können. Dabei kann der Prozess der Stadterneuerung hautnah erlebt, aber auch bisher Unbekanntes im Grätzel entdeckt und die Wohnumgebung sowie die angrenzenden Viertel auf eine neue, spannende Art kennengelernt werden!

## Kontaktadressen der Gebietsbetreuung Stadterneuerung im 6., 7., 8. und 9. Bezirk:

### Informationslokal im 6. Bezirk

Mittelgasse 6, 1060 Wien  
Telefon: (+43 1) 597 87 46  
Fax: (+43 1) 597 87 46 -11  
E-Mail: gbsterno6@gebietsbetreuung.wien.at

### Öffnungszeiten:

Mo bis Mi: 9–12 Uhr und 13–17 Uhr  
Do: 13–19 Uhr, Fr: 9–12 Uhr

### Informationslokal im 9. Bezirk

Lazarettgasse 12, 1090 Wien  
Telefon: (+43 1) 319 97 66  
Fax: (+43 1) 319 97 66-11  
E-Mail: gbsternog@gebietsbetreuung.wien.at

### Öffnungszeiten:

Di bis Mi: 9–12 Uhr und 13–17 Uhr  
Do: 13–19 Uhr

Informationen, Veranstaltungstermine, multimediale Beiträge und Interessantes zum Thema Stadterneuerung finden Sie unter: [www.gebietsbetreuung.wien.at](http://www.gebietsbetreuung.wien.at)

DI Markus Steinbichler

## Freie Wohnungen Bestehende Objekte

- 8750 Judenburg, Teuffenbachstraße 24, 3-Zimmerwohnung
- 8761 Pöls, Andreas Reingasse 10–18/ Burgogasse 12–16, 2-, 3- u. 4-Zimmerwohnungen
- 1100 Wien, Kundratstraße 6, Büro/Schulungsräume 240–460m<sup>2</sup>

## Wohnungsberatung

Wohnbauvereinigung für Privatangestellte  
WBVG-GPA-Wohnungsservice  
Gassenlokal  
1010 Wien  
Werdertorgasse 9  
Tel.: (01) 533 34 14  
Fr. Goldnagl, Dw. 22  
Hr. Neußl, Dw. 23  
Fax: (01) 535 49 78  
Internet: [www.wbv-gpa.at](http://www.wbv-gpa.at)  
E-Mail: [wohnungsservice@wbv-gpa.at](mailto:wohnungsservice@wbv-gpa.at)



Foto: WBVG/GPA

*Fachlich geführte Spaziergänge bieten Einblicke in Stadterneuerungsprojekte wie beispielsweise besonders gelungene Sanierungsobjekte.*

## Exklusiv für alle GPA-djp Mitglieder CORDIAL Card – Da steckt Urlaub drin!



### Exklusiver \*\*\*\*Urlaub

CORDIAL bietet Ihnen Urlaubsgenuss der Extraklasse. In den 6 \*\*\*\*Hotels in Österreich und der Toskana finden Sie alles, was Ihr Urlauberherz begehrt: großzügige Suiten, Wellness- und Freizeitangebote, anspruchsvolle Gourmetküche uvm.

Wählen Sie Ihren persönlichen Favoriten und genießen Sie herrliche Urlaubstage bei CORDIAL.

CORDIAL \*\*\*\*Hotels: Achenkirch • Bad Gastein • Going • Reith bei Kitzbühel • Wien • Toskana

### Vorteile Ihrer Gutscheinkarte

- \*\*\*\*Hotels an Top-Urlaubsstandorten wie Wien, Kitzbühel oder in der Toskana
- Keine Einschränkungen der Buchungszeiten
- Gutscheinkarte mindestens 3 Jahre gültig
- Exklusive Verlängerungsmöglichkeiten ab € 19,- pro Person/Nacht
- Individuelles Geschenk mit Wunschaufdruck (z.B. Firmenname)
- Verpackt in edlem Silber-Etui

### CORDIAL Card discover Preise:

discover **1**  
2 Nächte inkl. Frühstück für 2 Personen € 170,-

discover **2**  
2 Nächte inkl. Halbpension für 2 Personen € 200,-

discover **3**  
3 Nächte inkl. Frühstück für 2 Personen € 230,-

discover **4**  
3 Nächte inkl. Halbpension für 2 Personen € 280,-

inklusive Mehrwertsteuer. Preisliste gültig bis 12/2010.

**Gültig für  
2 Personen!**



#### Information & Bestellung

Dr. Anita Kreuzer  
anita.kreuzer@cordial.at  
Telefon: +43 732 94096-336  
Mobil: +43 676 845 660 336  
Fax: +43 732 94096-4951

### Gewinnen Sie mit der GPA-djp ein Genießer-Wochenende für 2 Personen.

Senden Sie eine Postkarte an: Redaktion KOMPETENZ, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1, Kennwort: "CORDIAL-Card" oder online unter [www.gpa-djp.at/gewinnspiel](http://www.gpa-djp.at/gewinnspiel). Einsendeschluss ist der 2. Dezember 2010. Keine Barablöse. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.